

Sonnabend, 22. Juni 1918

Zeitung

1704

Id gelehrten Sachen

11 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungssatz 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 22-23, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Rumänien im Reichstag.

Erklärungen Kühlmanns.

Der Friedensvertrag mit Rumänien ist gestern im Reichstag ohne alle Feierlichkeit behandelt worden. Unserem Parlament fehlt das große Wort und die schöne Geste, um bei solchen Veranlassungen eine nach außen berechnete Wirkung zu erzielen. Und der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herr Dr. Richard v. Kühlmann, dessen Name als erster unter dem Bündel von politischen, Rechts- und Wirtschaftsverträgen steht, tat nichts zur Belebung und Erhöhung des Eindrucks.

Man konnte erwarten, daß er das Vertragswerk, dem er so viele Wochen eifrigen Mühe geschenkt hat, nicht ohne Geleitsworte dem Parlament zur weiteren Behandlung überliefern werde. Aber diese Rede unterblieb, man weiß nicht recht, aus welchem sachlichen Grunde. Vielleicht lag nur der Wunsch vor, es einmal anders zu machen, als bisher. Herr v. Kühlmann schwieg und hörte, bequem in seinen Sessel gelehnt, den Bemühungen der Parteiredner zu, der vielbehandelten Frage eine neue Seite abzugewinnen. Freundliches Lob fiel dabei für die Unterhändler ab, besonders aus dem Munde der Vertreter des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei, während Herr Scheidemann sich mit einer staatsmännischen Zurückhaltung äußerte, die an die besten Ueberlieferungen aus der Zeit erinnerte, in der Herr Spahn namens des Zentrums die Schworzen und die heiteren Lese derart zu mischen wußte, daß niemand behaupten konnte, seine Partei habe sich nach irgendeiner Richtung festgelegt. Eine kritische Note schlugen Graf Westarp und Dr. Stresemann an, die nicht ohne Schärfe auf die politischen Mängel und Lücken der Verträge hinwiesen und mit Bedauern feststellten, daß die rumänischen Staatsmänner, die mutig genug in der schwersten Zeit sich zu Deutschland bekanteten, durch die Beibehaltung der Dynastie mattgesetzt wurden.

Die meisten Redner faßten sich kurz und verwiesen auf die eingehende Aussprache im Hauptausschuß, der ja immer mehr zum eigentlichen Träger der großen politischen Entscheidungen des Reichstags wird. Aber auch die Prüfung einer langen Rede des Abgeordneten Ledebour blieb dem Hause, das die Erwartung einer Erklärung des Staatssekretärs wider Willen an die Nähe fesselte, nicht erspart. Nicht, als hätte der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie mehr zur Sache zu sagen gehabt als die anderen Redner. Im Gegenteil. Denn schließlich lassen sich die Dinge der auswärtigen Politik nicht ohne Zwang mit dem üblichen Phrasenschatz behandeln. Soweit sich nicht innerpolitische Dinge hineinziehen ließen, verwandte der Redner denn auch alle Zeit und Mühe darauf, sich einen Ordnungsruf zu verdienen.

Sein heißes Bestreben fand lange nicht das Ohr des Vizepräsidenten Paasche, dafür gaben seine gequälten Vergleiche zwischen den rumänischen Hohenzollern und den deutschen Dynastien dem Staatssekretär v. Kühlmann erwünschte Gelegenheit, den wenigen Worten, mit denen er sich schließlich und endlich doch zur Sache äußerte, einen schwungvollen Ausklang zu geben. Was er zu der Lösung der Norddobrudscha-Frage sagte, war von einer staatsmännischen Zurückhaltung, die kaum mehr erkennen ließ als den guten Willen, es allen Beteiligten recht zu machen. Auch die zukünftige Gestaltung unseres Verhältnisses zu Rumänien ließ er, unter Betonung optimistischer Erwartungen, in der Schwebe. Er setzt seine Hoffnung, nachdem man es unterlassen hat, durch Beseitigung der Dynastie und der Hauptschuldigen den gordischen Knoten zu zerhauen, auf den inneren Reinigungsprozeß, für dessen Ernst Herr Alexander Marghiloman ihm genügende Bürgschaft zu bieten scheint. Wir haben bereits früher gesagt, daß wir diesen Glauben nicht ohne weiteres zu teilen vermögen.

Dieses war die Generalprobe, die „große politische Aussprache“ soll am Montag beginnen. Die Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann lassen wir im Wortlaut folgen.

J. E.

Wenn ich zu Anfang der heutigen Debatte nicht das Wort ergriffen habe, so geschah das aus der Erwägung heraus, daß die kostbare Zeit dieses hohen Hauses und die große Zahl der noch verbleibenden Aufgaben die Abkürzung der heutigen allgemeinen Debatte über die politischen Grundlagen des rumänischen Vertrages erwünscht erscheinen ließ und daß voraussichtlich der Lauf der Besprechung mir Gelegenheit geben würde, die wichtigsten Gesichtspunkte nochmals vor Ihnen, meine Herren, darlegen zu dürfen.

Ich will all die Punkte, welche nachher bei den einzelnen Beratungen mit mehr Nutzen durchgesprochen werden können, hier nicht erwähnen. Ich möchte mich nur auf diejenigen Gedankenreihen beschränken, welche bei der heutigen Besprechung hervorgetreten sind und eine Stellungnahme meinerseits bedingen.

In erster Linie gehört zu den Thesen, die von fast allen Rednern aus diesem hohen Hause erörtert worden sind, die Frage der Norddobrudscha. Da sie tatsächlich von den im rumäni-

eschiehte dieses Weltkrieges ist die Behandlung der deutschen Gefangenen in Rumänien, die massenhaft dem ungetöde preisgegeben sind. Es ist eine Ehrenpflicht für uns, nicht nur für eine ausreichende Entschädigung der Hinterbliebenen oder zu Tode gemarterten Soldaten zu sorgen, sondern auch dafür anzustreben, daß die ruchlosen Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. (Sehr. Zustimmung.) Wir freuen uns über die im Friedensvertrag festgelegte Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse. Hoffentlich gelten die Bestimmungen aber nicht nur für das wilde Rumänien, sondern auch für unser Deutsches Reich selbst, damit der Skandal aufhört, daß man sich bei uns in Deutschland in Kriegszeiten in einzelnen Bundesstaaten um die Frage streiten muß, ob die Katholiken in einem Jahr zwölf oder das Gottesdienste abhalten dürfen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Diese Vorkommnisse in einzelnen Bundesstaaten gereichen dem rumänischen Namen nicht zur Ehre. (Sehr richtig! im Zentr.) Rumänien wird, wenn dieser Friedensvertrag Rechtskraft erlangt haben wird, in die Reihe der neutralen Staaten zurückkehren. Mit der bisherigen Neutralität Rumäniens haben wir freilich keine Erfahrungen gemacht, denn sie war im Grunde weiter nichts als die Vorbereitung für die offene Feindseligkeit. (Sehr richtig!) Wir billigen es daher, daß in dem Vertrage wohl ein Termin für die Demobilisierung, nicht aber ein solcher für die Beendigung der Besetzung des Landes enthalten ist. Rumänien handelt im eigenen Interesse, wenn es zu der bewährten alten Politik des Königs Karol zurückkehrt. (Beifall.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Wir Sozialdemokraten haben alles getan, um diesen Krieg durch einen demokratischen Frieden, der von Dauer ist, zu beenden. Zwischen dem Ausbruch des Krieges und dem Beginn unserer Friedensarbeit liegt eine einjährige Nacht. Unsere Arbeit ist nicht vergeblich gewesen. Ganz besonders nicht vergeblich im Inland, aber auch im Ausland haben die Volksmassen unsere Arbeit zu würdigen verstanden. Wenn die Völker selbst eingeschritten wären, hätten wir morgen den Frieden. Leider aber ist in unserem Lande die Demokratie ausschlaggebend entwickelt, am wenigsten in den Ländern, die sich so ungemein viel auf ihre Demokratie zugute tun. (Sehr richtig!) Das gilt vor allem für England, das jetzt sogar dem holländischen Abg. Troelstra den Vorschlag verweigert, der auf Einladung englischer Arbeiter nach England kommen sollte. (Hört! Hört!) Die Herrschenden in diesen Ländern wollen von einem Frieden der Verständigung nichts wissen, sie wollen die Entscheidung durch die Waffen. Diese Entscheidung ist zum Teil gefallen und auf Grund der Entscheidung durch die Waffengewalt ist es zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und Bukarest. Dem Frieden von Brest-Litowsk konnten wir nicht zustimmen, obwohl wir den Frieden mit Rußland selbst wollten. Bei dem Frieden von Bukarest handelt es sich um eine große Zahl von Verträgen, zu denen wir heute noch keine Stellung nehmen können, ehe nicht im Ausschuss eine gründliche Erörterung stattgefunden hat und ehe nicht in der großen politischen Aussprache der nächsten Woche der Reichstag zum ganzen Ostproblem Stellung genommen hat. Hoffentlich kommt etwas Ersprießliches heraus. (Beifall.)

Abg. Dr. Wiemer (Volksp.):

Wie jeden Friedensschluß, so begrüßen wir auch den Frieden mit Rumänien und hoffen, daß er die Bahn freimacht für die Wiederaufnahme friedlicher Kulturarbeit. Wir wollen nach dem Vertrage fortan mit Rumänien in Frieden und Freundschaft leben. Ob allerdings im deutschen Volke nach dem Verhalten Rumäniens im Weltkriege große Bereitwilligkeit zu freundschaftlichen Beziehungen vorhanden ist, läßt zweifelhaft erscheinen. Wir hoffen gleichwohl, daß der Vertrag eine geeignete Grundlage abgeben möge, wenigstens für die Wiederaufrichtung des Wirtschaftsverkehrs. Ein hohes Maß mühevoller und pflichttreuer Arbeit ist auf das Zustandekommen dieses Vertrages verwendet worden. Der Reichstag ist sich einig in dem Dank, der den erfolgreichen Unterhändlern gebührt. (Beifall.) Auch wir wollen in diesem Augenblick nicht in eine eingehende sachliche Erörterung eingreten und glauben mit dem Vorredner, daß es zweckmäßiger ist, hierüber im Ausschuss eine gründliche Aussprache herbeizuführen. Dabei wird es an Meinungsverschiedenheiten nicht fehlen, aber sicher wird sich am Schluß eine große Mehrheit im Reichstag finden, die diesem Vertrag zustimmt; befeelt von dem Wunsche,